

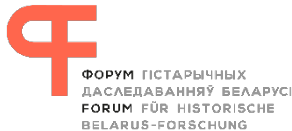
Genozid-Geschichte per Gesetz: Juristische Verfolgungspraktiken in der Republik Belarus 2022

Diskussion

10. Juni 2022

12:00-13:30 (Berlin)

Die Diskussion wird Deutsch-Belarusisch simultan verdolmetscht.



Die Republik Belarus hat zwei wichtige neue Gesetze erlassen, die es ermöglichen, mithilfe staatlicher historischer Interpretationen Bürger*innen zu verfolgen. Jegliche Aussagen zum Zweiten Weltkrieg, die von staatlichen Narrativen abweichen, werden dadurch unter Strafe gestellt. Wir werten diesen Versuch, per Gesetz die Anhänger*innen der breiten Protestbewegung und Vertreter*innen unabhängiger Forschung zu kriminalisieren, als ideologische Antwort des belarusischen Staats auf die Massenproteste nach den gefälschten Präsidentschaftswahlen im August 2020.

Wieso fokussiert die staatliche Geschichtspolitik noch immer auf die deutsche Besatzungsgewalt während des Zweiten Weltkriegs? Wie werden der „Genozid am belarusischen Volk“ und die „Rehabilitierung des Nazismus“ im Jahre 2022 gesetzlich definiert? Wie und warum verfolgt die Generalstaatsanwaltschaft die unter diesem Begriff zusammengefassten Verbrechen an der jüdischen und nichtjüdischen Bevölkerung acht Jahrzehnte nach ihrem Begehen? Und schließlich, welche Auswirkungen hat diese Verfolgung auf die wissenschaftliche Praxis und auf die Zivilgesellschaft?

Diese Fragen beantworten wir in einem belarusisch-deutschen Fachgespräch zur Gegenwart der Vergangenheit im 21. Jahrhundert.

Grußwort

Jan Kusber

Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde / Johannes Gutenberg-Universität Mainz

Podium

Felix Ackermann

Deutsches Historisches Institut Warschau

Aliaksei Bratachkin

Europa-Universität Viadrina

Iryna Kashtalian

Universität Bremen

Moderation

Anika Walke

Washington University in St. Louis

Für die Teilnahme an der Diskussion registrieren Sie sich bitte unter folgendem Link:

https://us02web.zoom.us/webinar/register/WN_2DNClwDtQQeFkgpLRtH4kg



► Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.